



Rudolf Ramsauer,  
Direktor

*Nicht nur hat der Souverän am 5. Juni 2005 mit seinem klaren Ja zu Schengen/Dublin einen erfreulichen Entscheid getroffen, auch das Parlament hat in der Juni-Session sehr positive Beschlüsse für die Schweizer Wirtschaft ge-*

*Und sie bewegt sich doch –  
Erfreuliches aus der Politik!*

*fasst. Erstens haben beide Kammern das Entlastungsprogramm 04 unter Dach und Fach gebracht. Dieses bringt für die nächsten Jahre eine deutliche Korrektur des Ausgabenwachstums des Bundes. Dafür verdient das Parlament gute Noten, auch wenn damit die längerfristigen, strukturellen Probleme des Bundeshaushalts mitnichten gelöst sind (vgl. Seite 4 dieses «newsletters»). Zweitens hat der Nationalrat die Revision des Binnenmarktgesetzes ohne Abstriche über die Bühne gebracht. Das neue Gesetz soll mehr Wettbewerb auslösen, was dringend notwendig ist, um unsere Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. economieuisse hat beide Geschäfte aktiv gefördert und unterstützt.*

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

## Für die Bilateralen kämpfen: Voller Einsatz an der Basis nötig

**Am 25. September geht es um sehr viel. An der Urne wird über die künftigen Rahmenbedingungen für die Schweizer Unternehmen auf den europäischen Märkten entschieden.**

Häufig halten sich Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft bei Abstimmungen vornehm zurück. Das primäre Ziel der Unternehmen ist es nun mal nicht, laufend Politik zu machen. Sie konzentrieren ihre Kräfte auf ihre Absatzmärkte und Produkte – und sichern damit die Zukunft der Firmen. Das ist auch richtig so. Wenn es aber um eine Vorlage geht, die fundamental in die Rahmenbedingungen der Unternehmen eingreift, dann sieht es doch etwas anders aus. Am 25. September – kurz nach der Sommerpause – ist dies der Fall. Die Abstimmung über die erweiterte Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern kann die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ganz direkt beeinflussen.

**Geringe Einwanderungsrate**  
Nicht wegen der erweiterten Personenfreizügigkeit an sich. Da geht es nur um kleine Kontingente von gegenwärtig 900 bis 3000 Arbeitsbewilligungen im Jahr 2011 für Leute aus den neuen EU-Ländern. Wenn man die Zahlen auf die Kantone umrech-

net, ist sofort ersichtlich, dass das Gerede von einer Masseneinwanderung jeder Grundlage entbehrt. Oder droht etwa 2011 mit 45 zusätzlichen Bewilligungen im Kanton Zug eine neue Überfremdung von Volk und Heimat? Im Gegenteil, die Fehler der Ausländerpolitik der vergangenen Jahre werden jetzt endlich korrigiert. Statt einer Einwanderung von wenig qualifizierten Arbeitskräften können die Unternehmen nun qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rekrutieren. Fakt ist: Was schon lange bemängelt wurde, wird mit den



Urs Rellstab,  
Mitglied der Geschäftsleitung

bilateralen Verträgen umgesetzt. Alle Studien besagen, dass sich die Wanderungsbewegungen in engen Grenzen halten. Und wenn die Kontingente und Übergangsfristen nicht mehr gelten, haben die neuen EU-Länder wirtschaftlich zugelegt und der Migrationsdruck entfällt weitgehend. Dann kommt die Bewegung der Rückwanderung, wie wir sie bei Italienern und Spaniern beobachten konnten.

Für die Unternehmen sind zwei Dinge zentral: Zum einen bie-

ten die Wachstumsmärkte in den neuen EU-Ländern ein beträchtliches Wachstumspotenzial, zum anderen birgt ein Nein für die Wirtschaft die Gefahr, dass die bilateralen Abkommen insgesamt auf dem Spiel stehen.

**Ungleichbehandlung für EU untragbar**

In Bezug auf den ersten Punkt ist klar, dass die Ungarn und die Tschechen wohl kaum Verständnis hätten für eine ausschliessende Haltung der Schweiz. Ein Nein wäre ein schlechtes Signal in diesen Wachstumsmärkten. Und wenn die Marke Schweiz leidet, dann spüren dies auch die Unternehmen. In Bezug auf den zweiten Punkt können wir nur spekulieren, wie die EU nach einem Schweizer Nein reagieren würde. Aber eine Ungleichbehandlung der EU-Mitglieder durch die Schweiz wäre für die EU wohl kaum tragbar. In der Konsequenz kann ein solcher Entscheid unseren bewährten bilateralen Weg in Frage stellen. Natürlich mit gravierenden Nachteilen für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt am Austausch mit der EU. Deshalb rufen wir Sie auf: Engagieren Sie sich in Ihrem Umfeld aktiv für ein klares JA am 25. September!

@ urs.rellstab@economieuisse.ch

### Schwerpunktthema

Die Schweizer Konjunktur kommt nicht recht vom Fleck. Es werden Reformen von der staatlichen Wirtschaftspolitik gefordert. [Seite 2](#) ▶

### Neuer Finanzplan

Der neue Finanzplan des Bundes gibt Anlass zur Sorge. Die hohen Mehrausgaben machen die Entlastungsbemühungen zunichte. [Seite 4](#) ▶

### CO<sub>2</sub>-Gesetz

Problematische Neuregelung der Emissionsreduktion innerhalb des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Die rasche Einführung des Klimarappens ist nötig. [Seite 6](#) ▶

### KMU-Porträt

Geomag überzeugt mit Schweizer Qualität auf dem Weltmarkt. Das wissenschaftliche Spiel und Design-Objekt begeistert Jung und Alt. [Seite 8](#) ▶

# Wirtschaftslagebericht: Nur zaghafte Erholung der Konjunktur

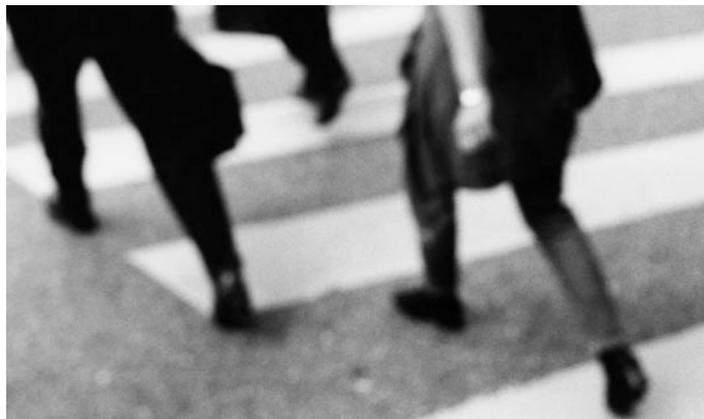
Nach den Beobachtungen von *economiesuisse* ist die schweizerische Wirtschaft in den letzten Monaten konjunkturell nicht weiter vorangekommen. Von der staatlichen Wirtschaftspolitik werden Reformmassnahmen gefordert.

Die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern hat nachgelassen. Ausschlaggebend dafür sind die sich weiterhin auf hohem Niveau bewegenden Erdölpreise und steigende Notierungen für Industrierohstoffe. Damit sind erhebliche Kaufkraftumschichtungen von den Verbraucherstaaten zu den Produktionsländern verbunden, die sich dämpfend auf die weltweite Produktionstätigkeit auswirken.

## Weltwirtschaft betroffen von hohen Erdölpreisen

Getragen wird die weltwirtschaftliche Expansion nach wie vor von den USA und China. Die Aussichten auf einen günstigen Wirtschaftsverlauf in den USA sind intakt. In China hält die lebhaftere Binnenkonjunktur an. Diese beiden Länder stellen allerdings auch weltwirtschaftliche Risikoherde dar, weil sie massgeblich zu den bestehenden aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beitragen. In Japan setzt sich der Aufschwung mit verhaltener Dynamik fort. Auch in Grossbritannien und den neuen EU-Ländern erweist sich die Konjunktur als vergleichsweise robust. Russland und zahlreiche lateinamerikanische Länder profitieren von der Hausse an den Rohstoffmärkten. Demgegenüber sind die Aussichten im für die schweizerische Konjunktur wichtigen Euroraum eher gedämpft. In Deutschland – auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen – herrscht erhebliche Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf; Frankreich zeigt deutliche Schwächetendenzen und Italien droht in eine Rezession abzugleiten.

Trotz einer eingetrübten Europakonjunktur bleiben aber die



weltwirtschaftlichen Perspektiven nicht ungünstig. Dank einer akkomodierenden Geldpolitik und günstigen Finanzierungsbedingungen an den internationalen Kapitalmärkten sollten die von den Rohstoffmärkten ausgehenden Belastungen verkraftbar bleiben. Allerdings gibt es weiterhin ein erhebliches Rückschlagspotenzial.

Für die Überwindung der konjunkturellen Stockungen in der Schweiz ist es entscheidend, dass die Europakonjunktur rasch wieder Tritt fasst. Einen Hoffnungsschimmer stellen vielleicht die günstigen Aussenhandelszahlen im April und Mai dar. Auch stuft die Industrie ihre Exportaussichten zuletzt wieder etwas weniger vorsichtig ein. Zuversichtlich stimmt auch die intakte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Die intensive Nutzung der internationalen Arbeitsteilung stärkt den Standort Schweiz und macht ihn widerstandsfähiger gegenüber vorübergehenden Wechselkursschwankungen. Die Hotellerie hofft, dass sich die im Tourismus beobachtete Trendwende auch auf die inländischen Gäste überträgt und auf alle Regionen ausbreiten wird.

## Solider privater Konsum

Der private Konsum bleibt solide. Er entwickelt sich aber nur verhalten, weil die privaten Haushalte wegen der Lage am Arbeitsmarkt, den höheren Erdölpreisen und einer nur moderaten Entwicklung der

real verfügbaren Einkommen zurückhaltend sind. Die Ausrüstungsinvestitionen werden erst allmählich an Schwung gewinnen. Die Bauwirtschaft einschliesslich des Ausbaugeswerbes kann in den kommenden Monaten noch mit einer weiteren Zunahme der Bauproduktion rechnen. Der Geschäftsgang im Dienstleistungssektor bleibt aufwärts gerichtet.

## Zögerlicher Erholungsprozess erwartet

*economiesuisse* erwartet für 2005 ein reales Wachstum, das bestenfalls an der unteren Grenze seiner Schätzung vom vergangenen Dezember liegt (1,4 bis 1,8 Prozent). Aufgrund dieser verhaltenen Entwicklung ist in den kommenden Monaten auch nicht mit einer Entlastung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Die Geldpolitik hat angesichts der stagnierenden Wirtschaft und anhaltenden weltwirtschaftlichen Unsicherheiten ihre expansive Ausrichtung richtigerweise beibehalten. Allerdings zeigen die jüngsten Erfahrungen, dass eine grosszügige Geldpolitik allein keinen Einfluss auf das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft hat. Auch die Grenzen der Zinspolitik sind deutlich geworden. Es liegt deshalb vor allem an der staatlichen Wirtschaftspolitik, durch weitere entschlossene Reformmassnahmen mitzuhelfen, den Wachstumsprozess wieder anzukurbeln.

 [rudolf.walser@economiesuisse.ch](mailto:rudolf.walser@economiesuisse.ch)

## Erster nationaler Fabrik-Znüni

Am 27. August orientieren Unternehmen im ganzen Land über die Bedeutung der bilateralen Verträge für ihr Unternehmen.

Die Federführung für den ersten nationalen Fabrik-Znüni liegt beim Komitee «Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen», die Verantwortung für die einzelnen Veranstaltungen liegt bei den Unternehmen.

## Einfache Idee

Unternehmen in der ganzen Schweiz laden die Bevölkerung in ihren Betrieb ein und informieren über die bilateralen Abkommen mit der EU. Ein attraktives Rahmenprogramm für Gross und Klein rundet den Anlass ab. Höhepunkt ist ein schweizweiter Ballonwettbewerb. Programm für Kinder, Unterhaltungsmusik und ein kleiner Imbiss sorgen für Gemütlichkeit am Fabrik-Znüni. Den teilnehmenden Unternehmen steht es frei, auch eigene Ideen umzusetzen.

Export- und Binnenwirtschaft brauchen den bilateralen Weg. Denn: «Wenn die Exportlokomotive zieht, fährt auch die Binnenwirtschaft mit.» Das ist auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung.

## Alle machen mit!

Zur Teilnahme aufgerufen sind alle Unternehmen unabhängig von Branche oder Grösse, die für die Sicherung der bilateralen Abkommen eintreten.

Je mehr Unternehmen teilnehmen, desto stärker ist das Zeichen der Schweizer Wirtschaft für ein Ja und desto grösser sind die Chancen für einen positiven Ausgang des Urnengangs vom 25. September. Machen auch Sie mit!

Weitere Informationen erhalten Sie mit einem E-Mail an:

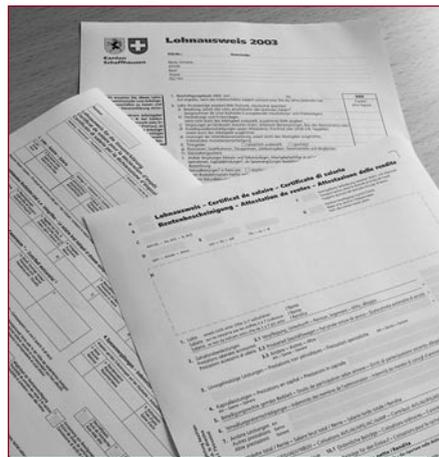
 [stefan.kern@bilaterale.ch](mailto:stefan.kern@bilaterale.ch)

*Wir unterstützen Sie gerne.*

# Ist der neue Lohnausweis praxistauglich?

Die Schweizerische Steuerkonferenz, die Vereinigung der schweizerischen Steuerbehörden (SSK), hat am 21. Juni 2005 das Pilotprojekt zum neuen Lohnausweis gestartet.

wollen ihre Vollzugspraxis zum Lohnausweis wie bisher gesetzeskonform weiterführen. In dem Sinn ist weder eine Praxisverschärfung noch eine Erweiterung des Steuersubstrats zu erwarten.



nicht an die zuständige Veranlagungsbehörde übermittelt werden.

■ Eine gemischte Arbeitsgruppe aus Vertretern der Steuerbehörden und der Wirtschaft wird sicherstellen, dass das Projekt ausgewogen beurteilt wird.

Ziel ist es, den neuen Lohnausweis vor der generellen Einführung im Jahr 2007 zu testen. Dabei wirken die Spitzenverbände der Wirtschaft (economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband und Schweizerischer Arbeitgeberverband) mit. So sollen allfällige Schwierigkeiten erkannt und notwendige Änderungen vor der definitiven Einführung vorgenommen werden. Die Spitzenverbände der Wirtschaft stehen weiterhin hinter dem hart verhandelten Kompromiss mit der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz. Der Kompromiss kam im November 2004 unter Vermittlung von Bundesrat Merz zustande. Die Steuerbehörden

## Gründliche Evaluation im Vordergrund

Sowohl für die Steuerbehörden wie auch für die Spitzenverbände der Wirtschaft steht nun die Pilotphase des neuen Lohnausweises und die gründliche Auswertung seiner Wirkung im Vordergrund. Dies dürfte helfen, die Diskussion zu versachlichen. Deshalb arbeiten beide Seiten konstruktiv an der Durchführung des Pilotprojekts. Dieses wird wie folgt organisiert:

■ Es wird geprüft, ob der neue Lohnausweis technisch umsetzbar, administrativ tragbar und ökonomisch sowie fiskalisch vernünftig ist.

■ Dazu soll eine repräsentative Gruppe von Arbeitgebern aus dem privaten und öffentlichen Sektor sowie aus den verschiedenen Kantonen mitwirken.

■ Die am Pilotprojekt beteiligten Arbeitgeber können auf eine kompetente und unentgeltliche Fachunterstützung zählen.

■ Die Angaben der beteiligten Arbeitgeber werden absolut vertraulich behandelt und dürfen

**Einladung zur Teilnahme**  
Eine erfolgreiche Durchführung des Pilotprojekts hängt von einer regen und repräsentativen Beteiligung von Arbeitgebern ab. Erst

aufgrund erhärteter Befunde in der Auswertung der Pilotphase sollen weitere Schritte bzw. allfällige Anpassungen ins Auge gefasst werden.

Die SSK und die Spitzenverbände der Wirtschaft laden daher alle interessierten Arbeitgeber ein, am Pilotprojekt mitzuwirken. Anmeldung unter:



## Grafik des Monats

# Schweiz hält Rekord bei Staatsaufblähung

Ländern mit einer nachhaltigen Finanzpolitik ist es gelungen, die Staats- und Fiskalquote seit 1990 parallel zu senken. Die Schweiz hingegen hat ihre öffentlichen Finanzen nicht im Griff.

Sowohl die Ausgaben als auch die Steuerbelastung nahmen im

internationalen Vergleich am stärksten zu. Betrachtet man die Entwicklung der Staats- und Fiskalquoten seit 1990, so fällt die Schweiz auf einen der unrühmlichen letzten Plätze. Der grossen Mehrheit der OECD-Länder ist es nämlich seit 1990 gelungen, ihre Staatsausgaben deutlich zu senken,

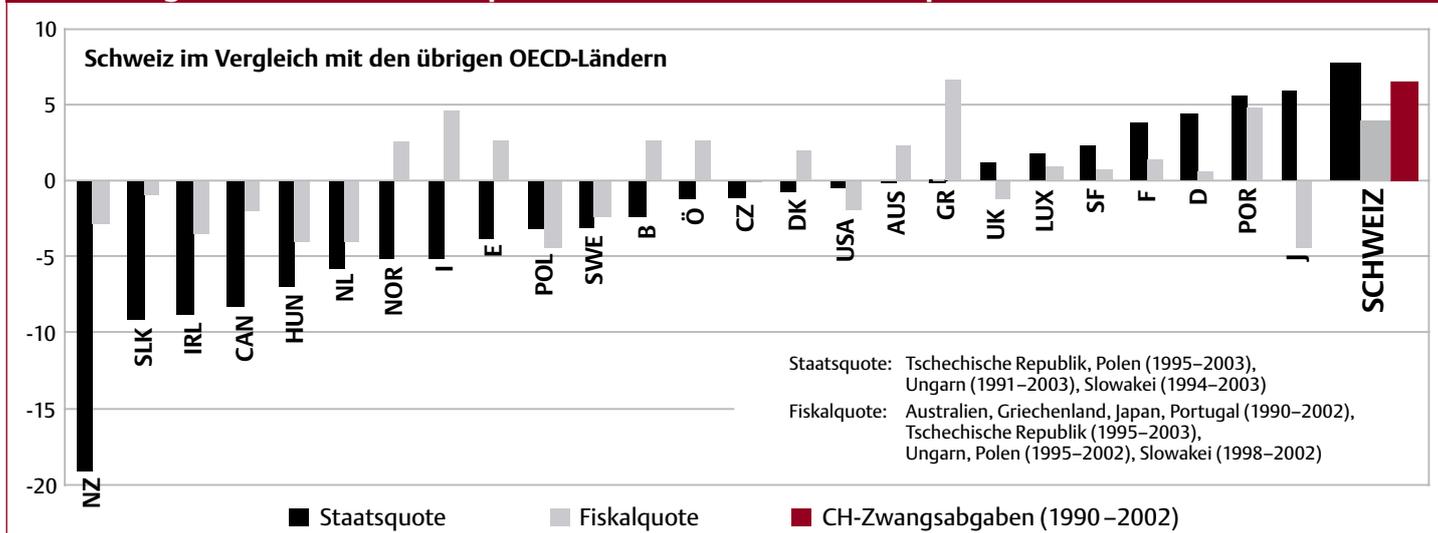
wogegen sie in der Schweiz um über sieben BIP-Prozentpunkte zulegte. Bei der Fiskalquote zeigt sich ein etwas uneinheitlicheres Bild. Zahlreiche Staaten konnten sie aber zumindest stabilisieren, wogegen sie in der Schweiz weiter zunahm.

Aufgrund unterschiedlicher Definitionen und Abgrenzungs-

probleme sind Vergleiche und Interpretationen der absoluten Niveaus der Quoten teilweise schwierig. Statistisch gute Aussagen können hingegen über die Entwicklung der nationalen Quoten im Zeitvergleich gemacht werden. So vermochten

Fortsetzung auf Seite 4

## Entwicklung der Staats- und Fiskalquote 1990–2003, in BIP-Prozentpunkten



Quellen: OECD, Economic Outlook Nr. 77; OECD, Revenue Statistics 1995–2003; EFD

# Neuer Finanzplan: Mehrausgaben machen Entlastungsbemühungen zunichte

**Der neue Finanzplan des Bundes gibt Anlass zur Sorge. Mit Mehrausgaben von acht Milliarden Franken bis 2009 droht erneut eine Entgleisung.**

Dank den Entlastungsprogrammen (EP) 03 und 04 konnte der ursprünglich geplante masslose Zuwachs der Bundesausgaben für die Periode 2003 bis 2007 rechtzeitig korrigiert und auf einen nachhaltigeren Kurs entlang der Teuerung gebracht werden. So wurde es in einer Motion vom Parlament gefordert. Die federführende Rolle des Bundesrats (insbesondere des Eidg. Finanzdepartements)

ist dabei sehr zu begrüßen. Die Bundesfinanzen sind bis Ende 2007 etwa stabilisiert. Ab 2008 droht jedoch die Ausgaben- disziplin erneut zu entgleisen: Ohne Korrektur könnten bis 2009 finanzpolitisch unverantwortbare Mehrausgaben von fast acht Milliarden Franken gegenüber dem Voranschlag 2005 entstehen. Die Gefahr dieser Fehlentwicklung wurde erstmals klar, als vor ein paar Tagen der Bundesrat – im Rahmen seiner traditionellen Finanzplanung – die neuen Eckdaten zur Entwicklung der Staatsausgaben für die Periode 2006 bis 2009 vorgestellt hat.

## Ausufernde Staatstätigkeit

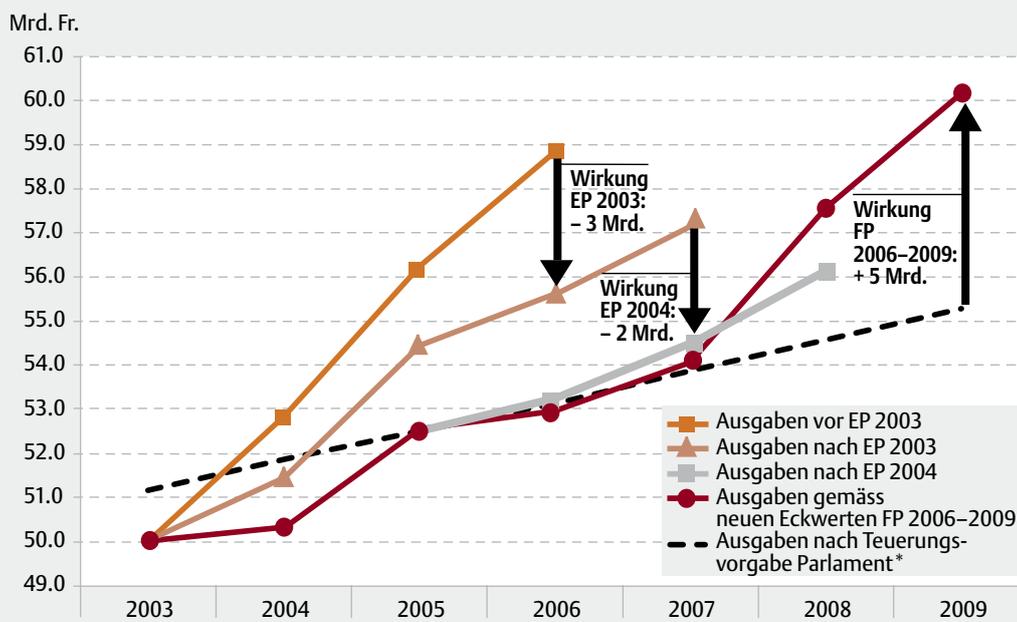
In einem solchen Szenario werden die Anstrengungen der EP 03 und 04 zur Ausgabendisziplin wieder zunichte gemacht. Einmal mehr rechnet der Bundesrat mit einem längerfristigen übermässigen – und damit inakzeptablen – Anstieg der Ausgaben und Einnahmen. So geht der Bundesrat für diese beiden Parameter von einem Wachstum ab 2007 bis 2009 von beinahe sechs Prozent pro Jahr aus. Eine derartige Ausuferung der Staatstätigkeit ist alles andere als finanziell nachhaltig. Behörden und Politik dürfen dieser Entwicklung nicht taten-

los zusehen. Die Begründung, man rechne mit schwarzen Zahlen und damit mit einer Konformität mit der Schuldenbremse, verdeckt die eigentlich negative Dynamik und ist schlicht scheinheilig.

## Ursachen und Rezepte bekannt

Neben den Risiken massiver Mehrbelastungen (optimistische Wachstumsprognosen, Sanierung der Pensionskassen von Post und SBB, medienpolitische Wünsche, familien- und sozialpolitische Anliegen für Ergänzungsleistungen bzw. Zulagen sowie Agglomerationsverkehr) sind die eigentlichen Ursachen dieser Fehlentwicklung bekannt: Vor allem die Automatismen sowohl bei der Zusatzfinanzierung der IV (MWST-Erhöhung) als auch bei den Finanzierungsmechanismen für die Bahngrossprojekte (Erhöhung der LSVA-Ansätze) erklären die Entwicklung und höhlen die finanziellen Spielräume bei der Budgethoheit des Bundes aus. Darunter werden die übrigen Aufgabenbereiche gezwungenermassen leiden. Deshalb sind vor allem ausgabenseitig einschränkende Strukturreformen bei der Bahnlandschaft und bei den Sozialwerken gefragt. Der Bundesrat hat diese Reformen in Aussicht. Diese sind prioritär anzugehen, und zwar finanzpolitisch tragbar.

## Entwicklung der Ausgaben im Bundeshaushalt, 2003–2009



\* Basis: Motion Merz / Walker auf Basis Voranschlag 2003 und 0-Teuerung 1,3 Prozent pro Jahr

Quellen: Finanzpläne 2003–2006, 2004–2007 und 2005–2008; EFD Medienmitteilung 29. Juni 2005

@ pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Fortsetzung von Seite 3

wirtschaftlich erfolgreiche Länder sowohl ihre Staats- als auch Fiskalquote parallel zu reduzieren. Dazu zählen insbesondere Neuseeland, Irland, die Slowakei, Ungarn und Polen. Länder mit hohen Verschuldungsaltsen wie Belgien, Italien, Kanada, Dänemark oder die Niederlande konnten, teilweise aufgrund des Konsolidierungsdrucks durch die Maastrichter Kriterien, ihre Staatsausgaben drosseln und ihre Verschuldung stabilisieren oder abbauen. In wirtschaftlich-

chen Schwierigkeiten stecken neben der Schweiz insbesondere Deutschland, Frankreich und Japan. Japan vermochte zwar die Fiskalquote zu senken. Im Gegenzug hat sich die Staatsverschuldung jedoch anteilmässig zum BIP weit mehr als verdoppelt.

## Sonderrolle Schweiz

Da die Schweiz einen erheblichen Teil ihres obligatorischen Sozialstaates durch Zwangsbeiträge an private Versicherungseinrichtungen (z.B. Suva, ob-

ligatorische Krankenkassenprämien) «ausserhalb» der offiziellen OECD-Fiskalquote finanziert, ist auch das Niveau und die Entwicklung der umfassenden Fiskalquote von Interesse: Werden alle Abgaben mit obligatorischem Charakter in die Fiskalquote eingerechnet, so erhöhte sich die Fiskalquote von 36,5 Prozent im Jahr 1990 auf 42,8 Prozent 2002, d.h. noch deutlich stärker als die offizielle OECD-Quote. Bislang konnte sich die Schweiz noch zurücklehnen und sich auf ihre gute Ausgangsposi-

tion tiefer Staats- und Fiskalquoten berufen. Doch der einstige Vorsprung von 1990 ist praktisch dahingeschmolzen. Die Schweiz steht finanzpolitisch vor einer eigentlichen Trendwende: Nur mittels struktureller Reformen kann die Schweiz ihren negativen Trend stoppen und die Staats- und Fiskalquoten stabilisieren und schliesslich senken. Was anderen Ländern gelungen ist, das sollte auch der Schweiz gelingen.

@ brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

# Unternehmenssteuerreform: Richtig, aber unter den Erwartungen

Die Vorschläge des Bundesrats gehen in die richtige Richtung. Dennoch bleibt der Reformschritt insgesamt zögerlich, verglichen mit der internationalen Steuerdynamik.

Der Effekt auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze dürfte entsprechend bescheiden ausfallen. Im Interesse der Unternehmer und der KMU sowie den mit ihnen verbundenen Arbeitsplätzen wird sich economiesuisse für eine Optimierung der Vorlage einsetzen. Ziel soll es sein, unter Berücksichtigung der kantonalen Tarifautonomie die Wachstumseffekte der Reform und ihren gesamtwirtschaftlichen Nutzen zu maximieren. Deshalb werden eine Teilbesteuerung von höchstens 50 Prozent für alle Dividenden, eine KMU-freundliche und gezielte Rege-

lung der «Ärgernis»-Tatbestände sowie die Abschaffung der Emissionsabgabe erwartet.

## Dringliche Lösung für indirekte Teilliquidation

Dringlich für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Reform ist eine Lösung für den unhaltbaren Zustand bei der indirekten Teilliquidation. Dieser wurde durch einen fiskalistischen und breit kritisierten Bundesgerichtsentscheid ausgelöst. Durch diese neue Praxis werden gegenwärtig zahlreiche sinnvolle Nachfolgeregelungen und Unternehmensübertragungen, insbesondere im KMU-Bereich, stark beeinträchtigt. Der Bundesrat gibt auf diese KMU-feindliche Steuerpraxis keine Antwort.

## Ausland holt auf

Die Schweiz muss mehr tun als bloss bestehende steuer-

liche Vorteile zu verteidigen und unhaltbare Hindernisse zu belassen. Der Steuerbereich entwickelt sich international rasch und dynamisch. Die in gewissen Bereichen noch relativ gute Position der Schweiz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im internationalen Kontext die schweizerische Entwicklung besorgniserregend ist. Angesichts der generell erhöhten Reformbereitschaft in den umliegenden Ländern – insbesondere in Irland, Österreich und den neuen EU-Oststaaten – gerät die Schweiz zunehmend unter steuerpolitischen Druck. Die Schweiz muss sich auch im Steuerbereich weiterhin mit den Besten messen können und braucht deshalb eine Offensivstrategie. Die Schweiz hat die Mittel dazu.

@ pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

## Unternehmer für die Bilateralen

Das Komitee «Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen» mit über 200 hochkarätigen Mitgliedern setzt sich für ein Ja ein.

Die Export-Lokomotive, welche von guten Aussenbeziehungen profitiere, ziehe die Binnenwagen mit, erklärte Johann Schneider-Ammann, Präsident Swissmem, anlässlich der Medienkonferenz des Komitees «Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen» vom 6. Juli in Bellach. Joseph Maushart, CEO der Fraisa SA in Bellach, erläuterte, wie die gesamte Wertschöpfung der Fraisa auf den bilateralen Abkommen abgestützt ist. Mitarbeiter aus Bellach, Ungarn und Tschechien sowie Vertreter von Lieferanten und ein Hotelier bezeugten, dass alle Glieder der Kette profitierten.

## Wichtig für Wirtschaft

Die Präsidenten von fünf Wirtschaftsverbänden betonten die Wichtigkeit des Personenverkehrs-Abkommens. Jeder dritte Franken und damit jeder dritte Arbeitsplatz hänge am Handel mit der EU, so economiesuisse-Präsident Ueli Forster. Für Arbeitsplätze in der Schweiz setzt sich auch Rudolf Stämpfli, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, ein. «Es ist richtig, dass man sich mit den Sozialpartnern einig geworden ist über einen massvollen Katalog zum Schutz des Arbeitsmarkts.» Wie Studien und Praxis zeigen, sei Stellenverlust und Lohndruck nicht zu erwarten. Edi Engelberger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, sieht auch für KMU-Betriebe dank Qualitätsvorteilen die Chancen in den Bilateralen. Jean-Daniel Pasche, Präsident des Verbands Schweizerischer Uhrenindustrie, sprach die Wichtigkeit des Personenverkehrs-Abkommens für Innovation und Produktion von Uhren in der Schweiz an. Ein Nein am 25. September bringe grossen Schaden für die Schweizer Wirtschaft, befürchteten alle Referenten.

@ www.bilaterale.ch

# Monopolrente zulasten von Kunden und Wettbewerb

Der PostReg-Bericht bestätigt die Notwendigkeit und die Tragbarkeit der vollständigen Marktöffnung.

Basierend auf den Schlussfolgerungen des Berichts der Regulatorbehörde PostReg fordert economiesuisse mit Nachdruck eine vollständige Öffnung des Postmarktes und erwartet die rasche Vorbereitung der entsprechenden Rahmenbedingungen seitens der Behörden. Dabei ist auf die Entwicklungen in Europa Rücksicht zu nehmen.

Eine konsequente Postmarktöffnung ist der einzige Weg zur Stärkung des schweizerischen postalischen Sektors. Nur mit einem verzerrungsfreien Wettbewerb können, im Interesse der Kundschaft, die überhöhten Monopolpreise der Schweizerischen Post endlich gesenkt und das Preis-Leistungs-Verhältnis verbessert werden. Diesbezüglich kann speziell auf die positiven Erfahrungen der Marktöffnung seit 2004 im Paketbereich hin-

gewiesen werden. Der Briefmonopolschutz der Schweizerischen Post führt zu einer deutlichen Überfinanzierung des Universaldienstes und damit der Grundversorgung. Eine potenzielle «Gefährdung des Service public» infolge Marktöffnung entbehrt damit jeder Grundlage. Dies bestätigt der PostReg-Bericht, der einen Gewinn des Universaldienstes von etwa 800 Mio. Franken ausweist – und dies selbst nach Abzug des vollumfänglichen so genannten «Infrastrukturbeitrags» für die Kosten des komfortablen Poststellennetzes. Damit wird klar, dass sich das Monopol der Schweizerischen Post zulasten der Briefkunden preiserhöhend auswirkt – es sei an die sukzessiven Tarifierhöhungen der letzten Jahre erinnert – und den Eintritt von neuen Wettbewerbern verhindert. Zudem werden Bereiche, die bereits heute dem Wettbewerb ausgesetzt sind (insbesondere Pa-



kete und Finanzdienstleistungen), weiterhin querfinanziert.

## Spielraum für Wettbewerb

Im Gegensatz zur Praxis in allen übrigen europäischen Ländern leisten diese Bereiche keinen Anteil an die Kosten des so genannten «Infrastrukturbeitrags» für das ganze Poststellennetz. Diese seltsame Praxis der Schweizerischen Post wird auch von der PostReg kritisiert. Die neuen Erkenntnisse bestätigen, dass es – selbst unter Berücksichtigung der Kosten eines politisch vorgegebenen Poststellennetzes – noch grossen Spielraum für mehr Wettbewerb gibt.

@ pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

# Probleme mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz

**Nach rund vierjähriger Diskussion hat der Bundesrat über die Grundsätze der schweizerischen Klimapolitik bis 2012 entschieden. Es bestehen Unsicherheiten beim Vollzug des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Der Klimarappen ist nun rasch und wirksam umzusetzen.**

Mit dem Entscheid des Bundesrats, eine Abgabe auf Brennstoffen einzuführen und den Klimarappen auf Treibstoffen als freiwillige Massnahme zuzulassen, stellen sich diverse Vollzugsfragen. Bekannte Mängel des CO<sub>2</sub>-Gesetzes machen sich aber wieder bemerkbar. Eine zentrale Schwachstelle ist das Fehlen einer Regelung für neue Grossemittenten wie beispielsweise neue Gaskraftwerke und industrielle Eigenerzeuger. Die fehlende Kompatibilität zum europäischen Handel mit Emissionszertifikaten hat der Bundesrat bei seinem Entscheid über die CO<sub>2</sub>-Abgabeverordnung und die CO<sub>2</sub>-Anrechnungsverordnung mit einem zweifelhaften Kunstgriff zu beheben versucht.

## **Problematische Neuregelung der Emissionsreduktionen**

Konkret sollen fortan Unternehmen Emissionsverminderungen auch ausserhalb des Betriebs

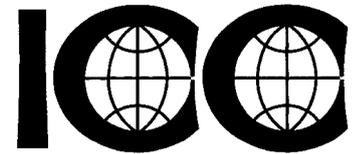
vornehmen können, wenn dies innerhalb des Betriebs technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht tragbar ist. Solche Unternehmen dürfen sich zudem 30 Prozent ihres Reduktionsziels mit Emissionsreduktionen im Ausland gutschreiben lassen. Aus Sicht der Wirtschaft ist diese Lockerung der Vorschriften zu begrüssen: Der im Ausland erzielte Reduktionsanteil dürfte jedoch ruhig noch grösser sein, z.B. 50 Prozent. Problematisch ist dagegen, dass mit diesem Kurswechsel bestehende Verpflichtungen, die mit der Energie-Agentur der Wirtschaft geschlossen wurden, diskreditiert und unterwandert werden. Diese schreiben nämlich vor, dass ausschliesslich innerbetriebliche Einsparungen vorgenommen werden dürfen und sich höchstens acht Prozent im Ausland erzielter Emissionsreduktionen anrechnen lassen. Unschön ist auch, dass eine Anpassung der Emissionsziele letztmals 2010 erfolgen wird, was im Widerspruch steht zur bisher geltenden Richtlinie der Bundesbehörden aus dem Jahr 2001.

## **Dringend nötige Einführung des Klimarappens**

Aus Sicht der Wirtschaft sind diese weder im Gesetz noch in

der Vernehmlassung in Aussicht gestellten «Neuregelungen» unverständlich. Dadurch wird auch gegen das Prinzip von Treu und Glauben bei den bestehenden Reduktionsverpflichtungen der Wirtschaft verstossen. Sollte der Bundesrat auf der Beibehaltung dieser Verordnungselemente beharren, muss berechtigterweise der Sinn der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen in Frage gestellt werden. Das Parlament kann bei der Genehmigung des Abgabesatzes entscheidend mitbestimmen. Volkswirtschaftlich günstiger wäre ohnehin, sämtliche Optionen zur Emissionsreduktion gemäss Kyoto-Protokoll voll auszuschöpfen, wozu auch eine angemessene Anrechnung des schweizerischen Waldbestands als CO<sub>2</sub>-Senke gehört. Es ist unverständlich, dass sich die Schweiz auf dem Verordnungsweg unnötig einschränkt sowie Hindernisse und teure Sonderlösungen für Wirtschaft und Gesellschaft aufbaut. Es ist deshalb dringend nötig, dass der Klimarappen nun rasch eingeführt werden kann und seine Möglichkeiten unter Beweis stellt. Nach dem derzeitigen Fahrplan wird dies frühestens ab dem 1. Oktober 2005 der Fall sein.

@ [urs.naef@economiesuisse.ch](mailto:urs.naef@economiesuisse.ch)



## **Erneute Wahl eines Schweizer**

**Pierre Tercier wurde zum Präsidenten des Internationalen ICC-Schiedsgerichtshofs in Paris gewählt.**



Professor Pierre Tercier

Pierre Tercier, Professor an der Universität Freiburg, verfügt über fundierte Erfahrung in der Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und in der Schlichtung von Streitigkeiten. Er war auch Präsident der Schweizer Kartellkommission. Er wird seine Funktion als Präsident des Schiedsgerichtshofs am 1. März 2006 aufnehmen.

ICC-Schweiz nimmt bei der Bestellung von Schiedsrichtern eine Spitzenposition ein. Professor Tercier löst Maître Robert Briner (Genf) ab, der den Internationalen Schiedsgerichtshof seit fast zehn Jahren präsidiert. Es ist somit das zweite Mal, dass ein Schweizer an die Spitze des Gerichtshofs gewählt wird. Ausserdem hat Michel Bonnard, beratender Ingenieur in Lausanne, den Vorsitz des Internationalen Zentrums für Gutachten, eines ICC-Dienstes in Paris übernommen.

## **Energie-Agentur der Wirtschaft**

# Besseres Raumklima mit weniger Energie

**Die Zehnder Group Produktion in Gränichen hat dank eines neuen Heizsystems doppelt gewonnen: motiviertere Mitarbeiter und einen geringeren Energieverbrauch.**



Produktionshalle mit Deckenstrahlplatten.

Mit einem jährlichen Umsatz von rund 550 Millionen Franken ist die Zehnder Group führende Anbieterin von Heizkörpern aus Stahlrohr. Die Schonung der Ressourcen unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit war schon immer ein wichtiger Teil der Unternehmenspolitik. Seit Beginn ist das Traditionsunternehmen Teilnehmer beim Programm der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW). Es setzt sich damit aktiv mit der CO<sub>2</sub>-Problematik

auseinander und ist angespornt, seine Energieeffizienz zu verbessern. Mehrere Massnahmen aus dieser Zusammenarbeit wurden bereits umgesetzt.

In einer älteren Halle in der Produktionsanlage in Gränichen wurde seit dem Baujahr 1970 mit Luftheizapparaten geheizt. Dies führte in der acht Meter hohen Halle zu Zugluft und frierenden Mitarbeitern während der kalten

Wintertage. Bei der Luftheizung wird es an der Decke warm, am Boden bleibt es kalt. Damit es am richtigen Ort warm ist, braucht es an der Decke eine wesentlich höhere Lufttemperatur als auf Körperhöhe. Dies führte zu einem hohen Energieverbrauch, da bei einer Luftheizung das gesamte Gebäudevolumen aufgeheizt wird.

## **Beachtliche Resultate**

Für das Wohlbefinden des Menschen ist nicht die Lufttemperatur, sondern die Empfindungstemperatur – der Mittelwert aus Umgebung- und Raumlufttemperatur – massgebend. Deckenstrahlplatten waren daher die ideale Lösung. Diese haben die

gleiche Wirkung, wie wenn man im Winter in den Bergen bei Sonnenschein trotz tiefer Temperaturen im T-Shirt draussen sitzen kann. Kältegefühle und Zugluft gehören nun der Vergangenheit an. Da die Raumtemperatur um 3°C reduziert wurde und die Lufttemperaturschichtungen deutlich geringer sind, konnte der Energieverbrauch um rund 30 Prozent reduziert werden. Mit einer Investition von total 70 000 Franken spart die Zehnder Group somit jährlich gegen 220 MWh Heizöl. Die Pay-back-Zeit wird auf fünf Jahre geschätzt. Geschäftsführer Walter Weber ist überzeugt, dass sich diese Einsparungen für die Umwelt und das Unternehmen bezahlt machen.

# Unternehmensbesteuerung: Misstöne bei der Harmonisierung

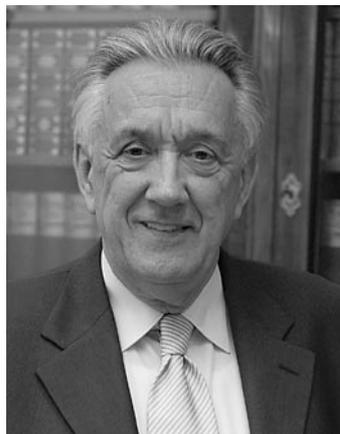
**Das Projekt einer konsolidierten Bemessung der Unternehmenssteuer ist zukunftsweisend. Bei Kritikern gilt es hingegen als Trojanisches Pferd für eine Angleichung der Steuersätze.**

Forderungen nach mehr Wettbewerb hüben, Festhalten an einer vertieften Union drüben: Die Fronten innerhalb der EU sind deutlicher denn je. Das zeigt sich auch in den Bestrebungen um eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung.

## Wesentliche Vereinfachung

In der europäischen Steuerlandschaft herrscht ein harscher Wettbewerb um die Gunst der Unternehmen, der mit der Osterweiterung noch zugenommen hat. In diesem Klima setzen nicht wenige Staaten auf Blockade: Deutschland und Frankreich forderten Anfang 2004 eine europaweite Angleichung der Steuersätze, um dem «Steuer-Dumping» einen Riegel vorzuschieben. Durchgesetzt hat sich schliesslich das Projekt einer gemeinsamen Bemessungsregel für den Unternehmensgewinn. Zuständig für die technische Ausarbeitung ist die Ende 2004 gebildete «Working Group on the Common Consolidated Corporate Tax Base» (CCBT). In

spätestens fünf Jahren soll die fertige Vorlage auf dem Tisch liegen. Ein ehrgeiziges Ziel, das durchaus Vorteile mit sich bringt: Statt 25 verschiedene Perspektiven gibt es eine einzige wirtschaftliche Gesamtbetrachtung. Grenzüberschreitend tätige Konzerne werden erstmals als Einheiten wahrgenommen, die Gewinne direkt verrechnen und nach einem Schlüssel auf die



Laszlo Kovacs, der zuständige EU-Kommissar für Steuern und Zoll

jeweiligen EU-Länder aufteilen. Erst dann erfolgt die Besteuerung. Mit dieser Vereinfachung wird die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa wesentlich erhöht. Doch wie ist es um den Steuerwettbewerb bestellt? Vorab Grossbritannien fürchtet um die Flexibilität seiner Fis-

kalpolitik und wendet sich strikt gegen die konsolidierte Bemessungsgrundlage. Kommt hinzu, dass mit der Harmonisierung die Diskrepanzen zwischen den Steuersystemen zunehmen dürften, da bisher in der Bemessung versteckte Unterschiede auf die Steuersätze überwältigt wurden. Das wiederum würde der Forderung nach einer Angleichung der Sätze neuen Aufwind geben. Ist die Corporate Tax Base ein Trojanisches Pferd für die Angleichung der Steuersätze?

## Gefahr der Abschottung

Das Szenario sei nicht von der Hand zu weisen, schätzt die Industrie-Holding, die Vereinigung Schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften. Mehr noch: Ist der harmonisierte Raum umgesetzt, besteht die Gefahr einer Abschottung gegen aussen. So könnte von den Zwischengesellschaften der EU-Konzerne in der Schweiz verlangt werden, dass sie den hier erwirtschafteten Gewinn nach EU-Bemessungsregeln versteuern. Erhöht sich andererseits mit der Harmonisierung die Effizienz des EU-Binnenmarkts, steigt hierzulande der Reformdruck: Die Schweiz müsste endlich ein Konzernsteuerrecht schaffen. Grund genug also, die nächsten Entwicklungen sehr genau zu beobachten.



Florent Roduit, Delegierter in Brüssel

## Keine Wunder von der Wachstumsfront zu erwarten

Das französische und holländische Nein zur Verfassung war eine schlechte Nachricht für die europäische Wirtschaft. Zum einen beginnt damit eine möglicherweise lang andauernde Zeit der Unsicherheit. Zum andern könnte es aber auch Rechtsreformen innerhalb der Union behindern, die nötig sind, um die Gemeinschaft kompetitiver zu machen. Und schliesslich verbessern die damit verbundenen institutionellen Schwierigkeiten die wenig positive Gesamtbilanz nicht.

Tatsache ist: Das Wirtschaftswachstum ist schwach, die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ungenügend und die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Zu diesen besorgniserregenden Tatsachen kommt die neue Undiszipliniertheit einiger Mitglieder in Sachen Finanzen und die wachsende Konkurrenz aus den USA und Asien. Diese wenig rosigen Feststellungen wurden anlässlich der Jahresversammlung des Council of the Directors of European Industrial Federations gemacht, die am 1. Juli in Lissabon stattfand und an der economiesuisse ebenfalls teilnahm.

Ohne rasche Kursänderung dürfen in den nächsten Jahren bei der Wirtschaftsentwicklung der EU folglich keine Wunder erwartet werden. Allerdings verspricht sich die Wirtschaft viel für das zweite Halbjahr. Die EU-Präsidentschaft Grossbritanniens gibt berechtigten Grund zur Hoffnung, den verbreiteten Pessimismus zu vertreiben und eröffnet neue, realistische und konkrete Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven.

@ florent.rodut@economicsuisse.ch

## Freier Dienstleistungsverkehr nötig für Wachstum

**Die neue EU-Dienstleistungs-Richtlinie bringt grosse Erleichterungen für den Sektor. Zentrale öffentliche Dienste bleiben beim Staat.**

Der EU-Binnenmarkt ruht auf vier Pfeilern: dem freien Verkehr von Waren, Personen, Kapitalgütern – und Dienstleistungen. Letzterer ist auf nationaler Ebene weiterhin stark eingeschränkt. Die längst fällige Öffnung soll die im Januar 2004 in die Europäische Kommission eingebrachte Dienstleistungs-Richtlinie bringen. Dies entspricht nicht nur der Logik

der Vollendung des EU-Binnenmarktes, sondern ist auch ein Kernelement der ehrgeizigen Lissabon-Agenda.

### Arbeitsplätze sichern

Was will die Dienstleistungs-Richtlinie? Nichts mehr als die Freiheit, europaweit eine Geschäftstätigkeit aufzunehmen und Dienstleistungen anzubieten. Der Zugang zu neuen Absatzmärkten wird erleichtert, die Wachstumchancen des ganzen Sektors erhöht und damit letztlich die Sicherheit der Arbeitsplätze. Gleichzeitig bleiben Dienste von hohem öffentlichen Interesse,

etwa Bildung und Gesundheitswesen, von den Neuerungen ausgenommen: Befürchtungen bezüglich Arbeitslosigkeit und der Privatisierung wichtiger öffentlicher Dienste sind also unbegründet.

### Tauziehen hat erst begonnen

Die «Direktive Bolkestein» erwartet einen heissen Herbst im EU-Parlament: Über 1000 Änderungsanträge müssen behandelt werden. Erst eine Abstimmung des zuständigen Ausschusses Mitte September wird andeuten, in welche Richtung sich die Richtlinie bewegen wird.

# Ein Spielzeug wird zur Kunst

**Geomag ist Beispiel eines erfolgreichen Produkts. Obwohl eigentlich ein wissenschaftliches Spiel, ist das Produkt nicht einfach einzuordnen. Weltweit fünfzig Kopiersuche zeugen vom Erfolg von Geomag.**

Der Erfinder von Geomag, Claudio Vicentelli, empfängt uns am Firmensitz der 2003 in Rancate gegründeten Geomag SA. Die Produktion befindet sich in Novazzano. 1988 hatte er die Idee, in der Spielbranche magnetische Anwendungen einzuführen. Daraus entwickelte sich ein einfaches und gleichzeitig innovatives Produkt. Geomag beruht auf einem international deponierten Patent. Das System besteht aus magnetischen Modulen, die, von Hand zusammengesetzt, die verschiedensten zwei- und dreidimensionalen Formen ergeben. Die magnetischen Stäbchen, umfasst von ein paar Millimeter Plastik, werden mit kleinen Metallkugeln kombiniert. Der Kreativität von Alt und Jung sind keine Schranken gesetzt.

## Innovativ und präzise

Es war nicht einfach, ein so überzeugendes Resultat zu erzielen. Der Ausgewogenheit der Dimensionen der beiden Elemente von Geomag – Stab und Kugel – kommt dabei grosse Bedeutung zu. Das Verhältnis zwischen der magnetischen Anziehungskraft und dem Gewicht musste so hoch wie möglich sein. Betrachtet man den Eiffelturm in Paris oder irgendeine andere, der menschlichen Fantasie entsprungene Struktur, begreift man, dass die wichtigsten Elemente von Geomag der hohe Innovationsgrad und ein extrem hoher Präzisionsgrad sind.

## Zwei Teile, ein Anwendungsuniversum

Der Entscheid, den Magnetstab und die Metallkugel in einer einzigen Grösse anzubieten, vereinfacht und erhöht die Viel-

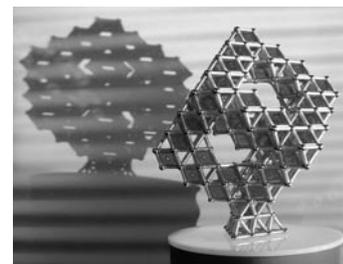
seitigkeit der Verwendung. Ausserdem ermöglicht die Verwendung von nur zwei Komponenten eine rasche Entwicklung des Produkts und eine rentable Herstellung. Die Materialwahl und das Produktionsverfahren, mit welchem einerseits das Oxydieren und andererseits das Aneinanderreiben der beiden Komponenten verhindert werden, waren die schwierigste und komplizierteste Phase der Entwicklung und brauchte eine ganze Reihe von Studien und Tests.

Es musste nicht nur ein einfaches und resistentes Produkt entwickelt werden, sondern die magnetischen Stäbchen und die Stahlkugeln mussten auch ästhetisch befriedigend und einfach zu handhaben sein. Geomag wurde deshalb nicht nur als Spielzeug konzipiert, son-

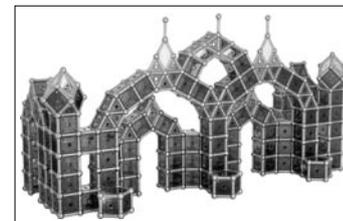
dern vor allem auch als Design-Objekt und Einrichtungsgegenstand.

## Schweizer Qualität als Trumpf auf dem Weltmarkt

Ziel von Geomag war die Herstellung eines Qualitätsproduktes, das sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Nach wenigen Jahren scheint dieses Ziel bereits erreicht. Das Produkt wird über die weltweiten Distributionskanäle der Spielzeugbranche vertrieben, über Ladenketten, die auf wissenschaftlich-didaktische Spiele und Modelle spezialisiert sind, und über Kanäle, die Geschenkartikel, Büroobjekte und Inneneinrichtungsgegenstände absetzen. Die Umsetzung der Produktidee nach Schweizer und internationalen Qualitätsstandards hat sich auf den internationalen



Modell «Cubo»



«Camelot»: fantasievolle Mauer

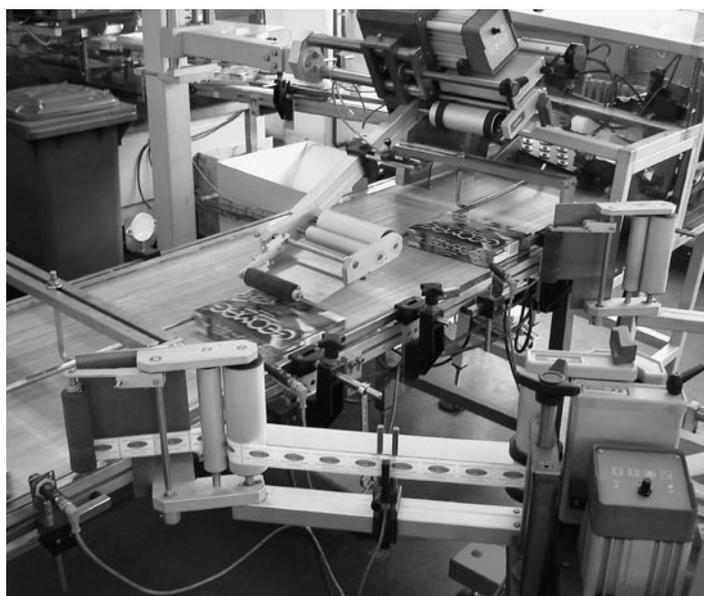
Märkten sehr bewährt. Eines der prioritären Ziele des Unternehmens ist der Patentschutz. Laufend wird nämlich versucht, Geomag zu kopieren. Aber diese Versuche bleiben erfolglos, denn das Qualitätsniveau wird nie erreicht.

## Vom Tessin in die ganze Welt

Es ist kein Zufall, dass Geomag das Tessin als Standort gewählt hat. In dieser Region der Schweiz ist der Einfluss des wirtschaftlich aktiven Norditalien ausgeprägt stark. Geomag hat zudem von guten Bedingungen im Bereich Steuern und Banken profitiert und so dank Spitzentechnologie ein beliebtes Produkt entwickeln können. Diese Region, im Einflussbereich zweier Nationen, hat sich als idealer Standort für die Fertigung eines technologisch anspruchsvollen Produkts erwiesen.

## Spielzeug und Lehrmittel

Geomag ist nicht nur ein Spiel für Kinder und Erwachsene oder ein Einrichtungsgegenstand. Geomag stimuliert auch die Kreativität und die Kombinationsgabe. Es fördert die handwerkliche Fähigkeit und die Phantasie, weil man Formen frei ändern und erfinden kann. Geomag fördert auch das Verständnis von Geometrie, Mathematik, Chemie, Architektur, Statik und Mechanik.



Fertigungsmaschine der Firma Geomag.

## Drei wirtschaftspolitische Wünsche

- 1 Aufrechterhalten einer wettbewerbsfähigen Steuerpolitik und einer vernünftigen Staatsquote, damit die internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten bleibt.
- 2 In unserem Land ist das Schweizer Qualitätslabel anerkannt und geschützt. Aber der Schutz durch Patente auf internationaler Ebene ist teuer, besonders für die KMU.
- 3 Der Unternehmer muss sich absolut auf eine attraktive Steuerpolitik, eine unbürokratische Verwaltung und die Unterstützung seitens der Banken verlassen können. Das Erkennen und Unterstützen einer valablen Geschäftsidee stärkt die Schweizer Wirtschaft.



# Neue Ansätze in der Entwicklungshilfe

Swisscontact und economie-suisse plädieren an einer gemeinsamen Veranstaltung für neue Versicherungslösungen in Entwicklungsländern und mögliche Finanzierungsquellen.

Naturkatastrophen richten in Entwicklungsländern gewaltige Schäden an. Laut Jutta Bopp, Swiss Re, fällt dabei besonders negativ ins Gewicht, dass die Wirtschaft solcher Länder von wenigen Produkten und Unternehmen abhängt und der Versicherungssektor unterentwickelt ist. Urs Egger, Swisscontact, skizzierte aufgrund dessen einen Micro-Insurance-Ansatz zur Errichtung von Versicherungsmärkten in Entwicklungsländern und stellt für ein Projekt 100 000 Schweizer Franken zur Verfügung.

## Neue Finanzierungsmöglichkeiten

Rudolf Walser, economiesuisse, erläuterte in seinem Referat die



Rudolf Walser, Chefökonom, economiesuisse



Philipp M. Hildebrand, Direktoriumsmitglied SNB

zirkulierenden Finanzierungsvorschläge zur Erhöhung der Entwicklungshilfe und beurteilte sie aus ökonomischer Sicht. Sämtliche Vorschläge seien jedoch inputorientiert und würden ausserhalb der staatlichen Budgets abgewickelt. Das entziehe sie einer effizienten Wirkungskontrolle. Die Wirtschaft setzt darum auf eine Zusammenarbeit, die über das ordentliche Budget abgewickelt wird und

auf die Bereitstellung öffentlicher Güter ausgerichtet ist.

## Entwicklungsländer und internationale Kapitalmärkte

Philipp M. Hildebrand, Schweizerische Nationalbank, stellt in seinem Gastreferat fest, dass die internationalen Kapitalflüsse in Entwicklungsländern in den letzten drei Jahren wieder deutlich angestiegen sind. Sie konzentrieren sich allerdings

auf wenige Emerging Markets, insbesondere auf China. Dies, weil China eine schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs vornimmt. Längerfristig dürfte sich Chinas Währungsordnung also in Richtung flexibler Wechselkurse bewegen. Diese Währungspolitik des graduellen Wandels hat sich bisher gut bewährt und dürfte anderen Entwicklungsländern als Beispiel dienen.

## Dokumentation

- JA zum Personenverkehrs-Abkommen**  
Langes und kurzes Argumentarium zur Abstimmungsvorlage vom 25. September (24 bzw. 4 Seiten).  
Download: [www.bilaterale.ch](http://www.bilaterale.ch)
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005»**  
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter.  
Fr. 50.- + MwSt./Porto.
- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».**  
Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- «Universitäten in der Wissensgesellschaft. Fünf Spitzenuniversitäten im Vergleich und Lehren für die Schweiz.»**  
Fr. 20.- + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- «Swiss Code of Best Practice»**  
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**  
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- «newsletter»**  
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- Portrait economiesuisse**  
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele und Organisation des Verbands. Gratis.
- «ausgabenkonzept»**  
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.- + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- «Steuerkonzept»**  
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.-.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**  
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto.
- «E-Mail-Service»**  
Aktuelle Meldungen von [economiesuisse.ch](http://economiesuisse.ch) wöchentlich direkt auf Ihrem PC. E-Mail-Adresse angeben.
- «dossierpolitik», Pressedienst**  
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

## Vernehmlassung

### 26. August 2005

Vernehmlassung zum Vorentwurf zu einem Gesetz betreffend Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgschaftswesens (parlamentarische Initiative der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats)

*Kontakt:* [rudolf.walser@economiesuisse.ch](mailto:rudolf.walser@economiesuisse.ch)

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei [economiesuisse.ch](http://economiesuisse.ch) anfordern.

## Impressum

**Herausgeber**  
economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen  
**Verantwortliche Redaktion**  
Regina Hunziker-Blum  
**Adresse**  
Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich  
Tel. 044/421 35 35, Fax 044/421 34 34  
E-Mail: [regina.hunziker@economiesuisse.ch](mailto:regina.hunziker@economiesuisse.ch)  
Web: [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)  
**Adressänderungen**  
[marianne.baer@economiesuisse.ch](mailto:marianne.baer@economiesuisse.ch)  
**Erscheinungsweise**  
Monatlich  
**Gestaltung**  
Layout 88 GmbH, 8008 Zürich  
**Druck**  
Herbstdruck AG, 8032 Zürich

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 044 / 421 34 34

|                                       |   |                                      |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Bestellung   | <input type="checkbox"/> Adressänderung | <input type="text" value="Firma"/>   |
| <input type="text" value="Name"/>     |   | <input type="text" value="Strasse"/> |
| <input type="text" value="Vorname"/>  |   | <input type="text" value="PLZ/Ort"/> |
| <input type="text" value="Funktion"/> |   | <input type="text" value="E-Mail"/>  |